

Unterlage zum Teilnahmewettbewerb

**in dem Vergabeverfahren zur Vergabe einer
Rahmenvereinbarung**

„Outputmanagement / KDF-Systeme“

**Auftraggeber/Vergabestelle:
Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe
gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH**

**(Bekanntmachung erschienen im Supplement zum EU-
Amtsblatt)**

(Stand: 26.05.2026)

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl- Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 2 von 17
---	--	----------------

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
§ 1 PRÄAMBEL.....	1
§ 2 AUFBAU DER VERGABEUNTERLAGEN; ELEKTRONISCHE BEREITSTELLUNG	1
§ 3 VERGABEGEGENSTAND (ART UND UMFANG DER LEISTUNG).....	2
§ 4 VERGABEART	6
§ 5 VORGESCHALTETER TEILNAHMEWETTBEWERB	6
§ 6 BEWERBERGEMEINSCHAFT / UNTERAUFTRAGNEHMER / EIGNUNGSLEIHE	10
§ 7 RÜCKFRAGEN	12
§ 8 PRÜFUNGSOBLIEGENHEIT	12
§ 9 GEWÄHRLEISTUNGSAUSSCHLUSS.....	13
§ 10 AUSWAHL DER BEWERBER.....	13
§ 11 EIGENTUMSÜBERGANG	14
§ 12 ENTSCHÄDIGUNGSANSPRÜCHE / GREMIEN- UND BEDARFSVORBEHALT.....	14
§ 13 DATENSCHUTZ / KENNZEICHNUNG VON GEHEIMNISSEN.....	14
§ 14 GEHEIMHALTUNG / VERTRAULICHKEIT	15
§ 15 ZUSTÄNDIGE STELLE FÜR NACHPRÜFUNGSVERFAHREN	15

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 1 von 17
--	--	----------------

§ 1 Präambel

- 1.1 Die vorliegende Unterlage nimmt Bezug auf die in der EU-Bekanntmachung für das Verhandlungsverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“ genannten Festlegungen und Vorgaben.

Die vorliegende Unterlage betrifft den Teilnahmewettbewerb. Zudem bietet sie einen Überblick zu den nachgefragten Leistungen. Weitere Einzelheiten für die Angebotsphase ergeben sich aus den unter Ziffer 2.1 aufgeführten Dokumenten.

- 1.2 Auftraggeber/Vergabestellen sind das Medizinische Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen - und die Karl-Hansen-Klinik GmbH (nachfolgend „die Auftraggeber“ bzw. „die Vergabestellen“). Die Vergabestellen/Auftraggeber und die Bewerber sind einander aufgrund des vorvertraglichen Vertrauensverhältnisses, das ein Vergabeverfahren begründet, zu gegenseitiger Rücksichtnahme, Aufklärung und Loyalität verpflichtet. Die Bewerber werden darauf hingewiesen, dass in einem Vergabeverfahren insbesondere der Wettbewerbsgrundsatz eine zentrale Rolle spielt. Die Vergabestellen haben wettbewerbsbeschränkende und unlautere Verhaltensweisen zu bekämpfen. Bewerber, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen, wettbewerbsbeschränkenden Abrede beteiligen, werden ausgeschlossen.
- 1.3 Die Vergabestellen weisen die Bewerber darauf hin, bei der Teilnahmeantrags- und Angebotsabgabe auf die strengen vergaberechtlichen Formalien und im Übrigen, wo vorgesehen, insgesamt auf die Formstrenge dieses Vergabeverfahrens besonders zu achten, weil ansonsten mit der herrschenden Rechtsprechung ein zwingender Ausschluss aus dem Vergabeverfahren verbunden sein kann.
- 1.4 Die Vergabestellen erinnern die Bewerber daran, dass eine wissentlich falsche Erklärung in diesem Vergabeverfahren den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen der Vergabestellen bzw. der Auftraggeber unter Umständen zur Folge haben kann.
- 1.5 Sofern die vorliegende Unterlage nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, sind mit „Bewerber“ sowohl einzelne Unternehmen als auch Bewerbergemeinschaften gemeint.
- 1.6 Sämtliche Kommunikation erfolgt über die E-Vergabeplattform:

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YXSMCHR>

§ 2 Aufbau der Vergabeunterlagen; elektronische Bereitstellung

- 2.1 Neben der vorliegenden Unterlage zum Teilnahmewettbewerb umfassen die Vergabeunterlagen noch folgende Dokumente:

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 2 von 17
--	--	----------------

- Aufforderung zur Angebotsabgabe
- Teil A - Bewerbungsbedingungen (samt Anlagen),
- Teil B - Leistungsbeschreibung (samt Anlagen),
- Teil C - Vertragsunterlagen (samt Anlagen).

2.2 Die Vergabestellen behalten sich vor, Änderungen an den Vergabeunterlagen vorzunehmen. Solche nachträglichen Änderungen der Vergabeunterlagen durch die Vergabestellen werden in transparenter und diskriminierungsfreier Weise erfolgen. Die Vergabestellen werden die Bewerber / Bieter unverzüglich über eine solche Änderung unterrichten und etwaige Fristen bei Bedarf angemessen verlängern.

2.3 Die Vergabestellen stellen die Vergabeunterlagen unter folgendem Link:

<https://www.dtyp.de/Satellite/notice/CXP4YXSMCHR>

bereit.

Unter dieser Adresse teilen die Vergabestellen den Bewerbern / Bietern auch etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen mit, erteilt Hinweise zum Verfahren und macht Bewerber- / Bieterfragen bzw. die entsprechenden Antworten der Vergabestellen allen Bewerbern / Bietern bekannt. Die Bewerber / Bieter sind daher aufgefordert, sich fortlaufend in dem o.g. Datenraum zu informieren.

§ 3 Vergabegegenstand (Art und Umfang der Leistung)

3.1 Die für die Vergabe der Leistungen (einschließlich Zuschlagserteilung) zuständige Stelle ist:

**Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen
Peter-Hartmann-Allee 1
33175 Bad Lippspringe**

Weiterer Auftraggeber ist

**Karl-Hansen-Klinik GmbH
Antoniusstraße 19
33175 Bad Lippspringe**

Die Durchführung des Verfahrens liegt beim MZG. Es ist alleiniger Ansprechpartner der Bewerber/Bieter in allen das Vergabeverfahren betreffenden Fragen.

Die beiden Auftraggeber sind Teil des Konzernverbundes Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH. Das gemeinnützige Unternehmen betreibt Kliniken und Institute in den Bereichen Rehabilitation, Akutmedizin, Pflege, ambulante Versorgung, Sanitätshandel sowie Lehre und Forschung. Gesellschafter sind die Stadt Bad Lippspringe (94 % der Anteile) und der Verein zur Förderung des MZG (6 % der Anteile).

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 3 von 17
--	--	----------------

Alle Einrichtungen werden durch einen Geschäftsführer zentral geleitet. Das MZG betreibt rund 850 Betten und versorgt mit über 1100 Beschäftigten stationäre und ambulante Patienten. Das gesamte MZG liegt in Bad Lippspringe (rund 16.000 Einwohner). Die Stadt verfügt über die beiden Prädikate „Heilbad“ und „heilklimatischer Kurort“ gleichermaßen.

Das Medizinische Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe GmbH betreibt die folgenden Kliniken:

- Klinik Martinusquelle (265 Betten)
- Teutoburger-Wald-Klinik (155 Betten)
- Cecilien-Klinik (182 Betten)
- Klinik am Park (192 Betten)
- Annenhofklinik (50 Betten)

Die Karl-Hansen-Klinik GmbH betreibt die folgende Klinik:

- Karl-Hansen-Klinik (208 Betten)

Weitere Detailinformationen können zusätzlich dem entsprechenden Internetauftritt entnommen werden:

<https://www.medizinisches-zentrum.de/>

- 3.2** Die Auftraggeber beauftragen mit der ausgeschriebenen Ein-Partner-Rahmenvereinbarung den Auftragnehmer, den Betrieb der Drucker und Multifunktionsgeräte (Dokumentenverarbeitungsgeräte) an einen externen Dienstleister auszulagern:

Die von den Auftraggebern benötigten Dokumentenverarbeitungsgeräte sollen gemietet und auf der Grundlage einer Full-Service-Vereinbarung betrieben werden. Reparaturen, Wartungen und Supportleistungen sind dabei im Einklang mit den Vorgaben der Leistungsbeschreibung (Teil B) festgelegt. Welche Dokumentenverarbeitungsgeräte benötigt werden und welche Anforderungen gelten, ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung (Teil B) einschließlich den Vorgaben des Preisblatts (Anlage B.1) und dem Anforderungskatalog (Anlage B.2).

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggebern die Hard- und Software zu den in dem Preisblatt ausgewiesenen Konditionen über die gesamte Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung mietweise bereit. Ziel ist die Einführung eines wirtschaftlichen, standardisierten und qualitativ hochwertigen Managed-Print-Service unter Einsatz aktueller Technologien. Dokumentenverarbeitungsgeräte und Konfigurationen sind zu vereinheitlichen. Datenschutz und IT-Sicherheit der Dokumentenverarbeitungsgeräte und Softwarekomponenten müssen dem Stand der Technik entsprechen; dieser ist den Auftraggebern regelmäßig - auch ohne Änderungen - transparent darzustellen und zu dokumentieren. Der Auftragnehmer trägt die Verantwortung, das Gesamtsystem in einen betriebsbereiten Zustand zu überführen und diesen über die gesamte Laufzeit dieser

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 4 von 17
--	--	----------------

Rahmenvereinbarung (48 Monate) sicherzustellen. Eine Vertragsverlängerung ist nicht vorgesehen.

Auf Grundlage der Rahmenvereinbarung können die Auftraggeber während deren Laufzeit einzelne Bestellungen über die mietweise Überlassung der Dokumentenverarbeitungsgeräte einschließlich der jeweils zugehörigen Serviceleistungen abrufen (nachfolgend jeweils "Einzelbestellung"). Die Auftraggeber sind berechtigt, jede Einzelbestellung einschließlich der zugehörigen Serviceleistungen erstmals zum Ablauf von 24 Monaten ab dem in der jeweiligen Einzelbestellung bestimmten Leistungsbeginn ordentlich zu kündigen. Die Kündigung ist mit einer Frist von drei (3) Monaten zum Monatsende in Textform zulässig. Die Kündigung einer Einzelbestellung beendet ausschließlich die hiervon erfasste Einzelbestellung einschließlich der zugehörigen Serviceleistungen. Der Bestand der Rahmenvereinbarung sowie andere Einzelbestellungen bleiben hiervon unberührt.

Die Ausstattung der einzelnen Standorte mit den vertraglich vereinbarten Druck- und Multifunktionssystemen erfolgt im Rahmen eines abgestimmten Roll-out-Prozesses. Der Roll-out-Prozess beginnt unverzüglich nach Zuschlagserteilung. Der Roll-out wird jeweils durch eine schriftliche Einzelbestellung des Auftraggebers ausgelöst. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den durch die jeweilige Bestellung initiierten Roll-out Prozess spätestens innerhalb von 6 Wochen nach Zugang der vollständigen Bestellung abzuschließen. Als abgeschlossen gilt der Roll-out, sobald die Systeme am jeweiligen Standort angeliefert, installiert, konfiguriert, betriebsbereit übergeben und durch den Auftraggeber abgenommen wurden. Verzögerungen, die ausschließlich auf fehlende oder verspätete Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers zurückzuführen sind, verlängern die Frist entsprechend.

Der Auftragnehmer ist ein IT-Dienstleister mit weitgehender Erfahrung im Bereich der Bereitstellung von Dokumentenverarbeitungsgeräten und der Erbringung von Full-Service-Dienstleistungen. Der Auftragnehmer übernimmt die Gesamtverantwortung für die Funktionalität und die volle Integrationsfähigkeit der Dokumentenverarbeitungsgeräte in die vorhandene und geplante EDV-Landschaft der Auftraggeber. Ebenso sichert er die Betriebssicherheit der Dokumentenverarbeitungsgeräte zu und garantiert deren Einsatzbereitschaft im vorgegebenen Zeitrahmen.

Erfüllungsort für alle Leistungen sind die Standorte der Auftraggeber, die beim jeweiligen Abruf aus der Rahmenvereinbarung benannt werden. Alle Hauptstandorte der Auftraggeber sind per Glasfasernetz untereinander verbunden. Es ist ein Hauptprint Server mit Win 2022 vor Ort installiert. Alle Desktop PCs und Latops arbeiten mit Windows 11 64bit. Alle PC-Arbeitsplätze müssen mit MS Office 365, Standard Drittanbietersoftware, Klinikinformationssystem Orbis, Meditec, div. drucken.

Alle Leistungen erfolgen nach Vorgaben des MZG frei Haus. Das Transportrisiko geht zu Lasten des Auftragnehmers. Transport- und Verpackungsmaterial sind auf Anforderung sofort bei Lieferung aus den Räumlichkeiten des Bedarfsträgers zu entfernen und umweltgerecht zu verwerten / entsorgen; eine Zwischenlagerung ist nicht möglich.

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 5 von 17
--	--	----------------

Der Auftragnehmer übernimmt die Organisation sowie die Kosten der Rücknahme und der Entsorgung. Für die vorgenannten Leistungen wird keine zusätzliche Gebühr berechnet, die entsprechenden Kosten sind in den Angebotspreisen berücksichtigt.

Die Abrufe aus der Rahmenvereinbarung werden in schriftlicher Form durch die Auftraggeber in Form einer Bestellung ausgelöst. Die weiteren Details sind der Rahmenvereinbarung (Teil C) zu entnehmen.

Da bei der Durchführung der Rahmenvereinbarung personenbezogene Daten im Sinne des Art. 4 Nr. 1 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verarbeitet werden, muss sich der Auftragnehmer zur Einhaltung der jeweils einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen der Europäischen Union (insb. der DSGVO), des Bundes (Bundesdatenschutzgesetz - BDSG) sowie des Landes Nordrhein-Westfalen (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - DSG NRW) verpflichten. Zu diesem Zweck schließt er einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO mit den Auftraggebern.

Die im Preisblatt gem. Vordruck Anlage B.1 zu Teil B ausgewiesenen Mengenangaben basieren auf der statistischen Auswertung der Auftraggeber, die für den Zeitraum der Leistungserbringung repräsentativ sind, aber lediglich als Anhaltspunkt für die tatsächlich anfallenden Mengen dient. Es ist in jedem Fall der komplette Bedarf zu decken. Aus der Angabe des geschätzten Gesamtwerts sowie des dort geschätzten Leistungsumfangs pro Jahr kann keine Verpflichtung der Auftraggeber zur Beauftragung eines bestimmten Leistungsumfangs oder Mindestumfang der Dienstleistungen abgeleitet werden. Der Auftragnehmer kann aus dem Nichtabruf des geschätzten Gesamtwerts und des geschätzten Leistungsumfangs pro Jahr keine Ansprüche auf Schadensersatz oder sonstige Ansprüche ableiten.

Die Auftraggeber sind insbesondere berechtigt, im erforderlichen und in einem den Rahmenvereinbarungspartnern zumutbaren Umfang und innerhalb ihrer Leistungsfähigkeit das geschätzte Auftragsvolumen der Rahmenvereinbarung gemäß EU-Bekanntmachung um maximal 50% des ursprünglich geschätzten Auftragsvolumens jeweils positionsspezifisch zu erhöhen, wenn

- a) dies zur fachgerechten Erbringung der von der Rahmenvereinbarung erfassten Leistungen im Geltungsbereich und während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erforderlich ist oder
- b) für die Leistungserbringung relevante rechtliche oder regulatorische Vorgaben, einschließlich Feststellungen oder Anordnungen der die Auftraggeber beaufsichtigenden Stellen, eine Änderung des Bedarfs der Auftraggeber nach sich ziehen oder
- c) grundlegende betriebliche Entscheidungen der Auftraggeber über Erweiterungen der Klinikabschnitte zu einem erhöhten Patientenaufkommen und damit zu einer Anpassung des Beschaffungsbedarfs führen.

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 6 von 17
--	--	----------------

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Vergabeunterlagen, dort insbesondere auf die Leistungsbeschreibung (Teil B) inklusive Anlagen, verwiesen.

§ 4 Vergabeart

Die Auftragsvergabe richtet sich nach den §§ 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV).

Die Leistung wird im Wege des Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb vergeben, da der Auftrag konzeptionelle oder innovative Lösungen umfasst (vgl. § 14 Abs. 3 Nr. 2 VgV) und der Auftrag darüber hinaus aufgrund konkreter Umstände, die mit der Art, der Komplexität oder dem rechtlichen oder finanziellen Rahmen oder den damit einhergehenden Risiken zusammenhängen, nicht ohne vorherige Verhandlungen vergeben werden kann (vgl. § 14 Abs. 3 Nr. 3 VgV).

§ 5 Vorgeschalteter Teilnahmewettbewerb

5.1 Form und Frist des Teilnahmeantrags

Mit dem Teilnahmeantrag erklärt der Bewerber seine Bewerbung um Teilnahme an dem bezeichneten Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmeantrag. Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich elektronisch in Textform abzugeben. Die elektronische Abgabe erfolgt über die E-Vergabeplattform bis zum

26.06.2026, 12:00 Uhr.

Maßgeblich ist der fristgerechte Eingang des vollständigen Teilnahmeantrags. Eine Übermittlung des Teilnahmeantrags auf dem Postweg, mittels Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig. Individuelle Fristverlängerungen werden nicht gewährt.

5.2 Inhalt des Teilnahmeantrags

Der Bewerber hat seinem Teilnahmeantrag die nachfolgend bezeichneten Erklärungen, Darstellungen und Unterlagen beizufügen. **Auf die Ausführungen unter § 8 dieser Unterlage wird ausdrücklich hingewiesen.** Für einen Großteil der vorzulegenden Erklärungen, Darstellungen und Unterlagen liegen dieser Unterlage Musterformulare als Vordrucke bei. Die Bewerber sind aufgefordert, diese Musterformulare zu verwenden und an den in den Musterformularen vorgesehenen Stellen zu unterschreiben, soweit gefordert.

Die Vergabestellen bitten die Bewerber, ihren Teilnahmeanträgen die folgenden Dokumente beizufügen. Die Unterlagen sind jeweils in der aktuellen Fassung beizulegen.

Nr.	Antragsstil	Erwartete Form
-----	-------------	----------------

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 7 von 17
--	--	----------------

1	Anschreiben Teilnahmeantrag (gem. Vordruck Anlage A.1 zu Teil A)	Word/PDF-Datei (ausgefüllt und signiert in Textform)
2	<u>Soweit erforderlich*:</u> Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (gem. Vordruck Anlage A.2 zu Teil A)	Word/PDF-Datei (ausgefüllt und signiert in Textform)
3	<u>Soweit erforderlich*:</u> Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe (gem. Vordruck Anlage A.3 zu Teil A)	PDF-Datei (ausgefüllt)
4	<u>Soweit erforderlich*:</u> Verpflichtungserklärung (gem. Vordruck Anlage A.4 zu Teil A)	Word/PDF-Datei (ausgefüllt und signiert in Textform)
5	Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB, § 22 Abs. 1 LkSG (gem. Vordruck Anlage A.5 zu Teil A) <u>Hinweis:</u> Der Vordruck ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.	Word/PDF-Datei (ausgefüllt und signiert in Textform)
6	Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 21 AEntG, § 21 SchwarzArbG, § 19 MiLoG und § 98c AufenthG (gem. Vordruck Anlage A.6 zu Teil A) <u>Hinweis:</u> Der Vordruck ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.	Word/PDF-Datei (ausgefüllt und signiert in Textform)
7	Eigenerklärung über das Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs im Sinne des Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 833/214 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 25 der Verordnung (EU) 2025/395 des Rates vom 24. Februar 2025 (gem. Vordruck Anlage A.7 zu Teil A) <u>Hinweis:</u> Der Vordruck ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.	Word/PDF-Datei (ausgefüllt und signiert in Textform)
8	Auszug aus dem Handelsregister oder alternativer Nachweis, der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als sechs Monate ist - Handelsregistrauszug: Nachweis der Eintragung im Handelsregister des Staates, in dem der Bewerber niedergelassen ist. Ist ein Bewerber nach dem Recht des Staates, in dem er niedergelassen ist, nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet, hat er darüber und über die Gründe (z.B. die Rechtsform) eine entsprechende Eigenerklärung abzugeben. Dieser Nachweis ist - soweit	PDF-Format

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 8 von 17
--	--	----------------

	<p>erforderlich - zwingend ins Deutsche zu übersetzen und die Übersetzung ist beglaubigt vorzulegen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Alternativer Nachweis: Sofern der Bewerber nicht im Handelsregister verzeichnet ist, genügt der Nachweis der erlaubten Berufsausübung auf andere Weise (z.B. Eintragung in ein Partnerschafts- oder Vereinsregister, Mitgliedschaft in einer wirtschaftsständischen Vereinigung). Dieser Nachweis ist - soweit erforderlich - zwingend ins Deutsche zu übersetzen und die Übersetzung ist beglaubigt vorzulegen. - Für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG, Abl. L 94 v. 28. März 2014, S. 65, aufgeführt. - Bewerber mit Firmensitz außerhalb Deutschlands müssen gleichwertige Nachweise von Stellen des Herkunftslandes in deutscher Übersetzung einreichen. <p><u>Mindestanforderung:</u> Vorlage eines Handelsregistrauszuges oder eines alternativen Nachweises, der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als sechs Monate ist.</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Unterlage ist von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.</p>	
9	<p>Eigenerklärung über den Gesamtumsatz für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (netto, jeweils getrennt pro Jahr) (gem. Vordruck Anlage A.8 zu Teil A).</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Umsätze von Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft, sofern eine Mehrfachnennung erfolgt, werden addiert. Umsätze von eignungsleihenden Unternehmen werden in die Berechnung einbezogen, wenn mit dem Teilnahmeantrag/Angebot eine Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens gemäß dem vorgegebenen Formblatt (gem. Vordruck Anlage A.4) vorgelegt wird.</p>	Word/PDF-Datei

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 9 von 17
--	--	----------------

10	<p>Eigenerklärung über den Umsatz für den Tätigkeitsbereich (Gegenstand der Ausschreibung) für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (netto, jeweils getrennt pro Jahr), sofern entsprechende Angaben verfügbar sind (gem. Vordruck Anlage A.9 zu Teil A).</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Umsätze von Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft, sofern eine Mehrfachnennung erfolgt, werden addiert. Umsätze von eignungsleihenden Unternehmen werden in die Berechnung einbezogen, wenn mit dem Teilnahmeantrag eine Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens gemäß dem vorgegebenen Formblatt (gem. Vordruck Anlage A.4 zu Teil A) vorgelegt wird.</p>	Word/PDF-Datei
11	<p>Eigenerklärung (gem. Vordruck Anlage A.10 zu Teil A) von mindestens drei (3) geeigneten Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei (3) Jahren (Stichtag: Ablauf der Teilnahmefrist) erfolgreich erbracht worden sind.</p> <p>Maßgeblich für die Einordnung in den Drei-Jahres-Zeitraum ist der Zeitpunkt der letzten Leistungserbringung; noch nicht abgeschlossene (laufende) Aufträge werden berücksichtigt, soweit der nachzuweisende Leistungsumfang zum Stichtag bereits erbracht wurde.</p> <p>Jede Referenz muss die nachstehenden Anforderungen 1) (a.-e.) und 2) kumulativ und vollständig innerhalb eines Referenzprojekts für denselben Referenzbeauftragter erfüllen:</p> <p>1. Der Referenzauftrag umfasst Leistungen zur a. Lieferung von Druckern und Multifunktionsgeräten, b. Herbeiführung und Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft einschließlich Serviceleistungen (Wartung/Pflege), c. Inbetriebnahme, d. Roll-out sowie e. Unterstützung des Betriebes mit Integration in die vorhandenen Prozesse des Referenzbeauftragters; und</p> <p>2. ein auf die vorstehenden Leistungen (Ziff. 1 a e.) entfallendes Auftragsvolumen von mindestens 300.000 Euro (netto). Maßgeblich ist der auf den vergleichbaren Leistungsumfang entfallende Nettowert, nicht ein etwaiges darüber</p>	Word/PDF-Datei

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 10 von 17
--	--	-----------------

	hinausgehendes Gesamtvolumen des Referenzauftrags.	
--	---	--

* Die Hinweise unter § 6 dieser Unterlage sind zu beachten.

- 5.3** Sämtliche Bestandteile des Teilnahmeantrags sind grundsätzlich in deutscher Sprache einzureichen. Dort, wo es sich nicht vermeiden lässt, ist auch die Verwendung von englischen Fachbegriffen / Textpassagen erlaubt. Die Verfahrenssprache ist deutsch.
- 5.4** Soweit Erläuterungen zur Beurteilung des Teilnahmeantrages erforderlich erscheinen, kann der Bewerber sie auf gesonderter Anlage seinem Teilnahmeantrag beifügen. Änderungen des Bewerbers an seinen eigenen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Teilnahmeantrages sind bis zum Ende der Teilnahmeantragsfrist in entsprechender Form, d.h. genauso wie der Teilnahmeantrag einzureichen. Bis zum Ablauf der Teilnahmeantragsfrist können Teilnahmeanträge auf der E-Vergabeplattform zurückgezogen werden.
- 5.5** Die Eröffnung der Teilnahmeanträge erfolgt zeitnah nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist. Bewerber und deren Bevollmächtigte sind zur Teilnahme an der Öffnung der Teilnahmeanträge nicht zugelassen. Über die Öffnung der Teilnahmeanträge wird eine Niederschrift erstellt. Diese wird nicht versandt.
- 5.6** Fehlende Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, können auf Anforderung des Konzessionsgebers bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachgereicht werden. Ein Anspruch des Bewerbers darauf besteht jedoch nicht.
- 5.7 Keine Aufwandsentschädigung**

Für die Erarbeitung des Teilnahmeantrags wie auch für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren insgesamt steht dem Bewerber / Bieter kein Anspruch auf Entschädigung seines Aufwands zu. Die gilt auch für den Fall, dass sich das Vergabeverfahren verzögert oder die Vergabestelle das Vergabeverfahren aufhebt.

§ 6 Bewerbergemeinschaft / Unterauftragnehmer / Eignungsleihe

Soweit ein Bewerber / Bieter oder eine Bewerber-/ Bietergemeinschaft beabsichtigt, Teile des Auftrags durch Unterauftragnehmer zu erbringen oder von dem Institut der Eignungsleihe Gebrauch zu machen, wird auf die Ausführungen in der EU-Bekanntmachung verwiesen. Dort heißt es:

(C.) Mehrere Bewerber/Bieter können sich zu einer Bewerber-/Bietergemeinschaft zusammenschließen. Bewerber-/Bietergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag / den Angeboten die Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung (gemäß Vordruck Anlage A.2 zu Teil A) einzureichen. Soweit ausdrücklich gefordert, sind die Unterlagen jeweils von allen Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft mit dem Teilnahmeantrag / den Angeboten vorzulegen. Die übrigen Nachweise zum Nachweis der Eignung können für die Bewerber-/Bietergemeinschaft insgesamt vorgelegt werden.

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 11 von 17
--	--	-----------------

Jede beabsichtigte oder vorgenommene Veränderung der Zusammensetzung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (Eintritt, Austritt oder Austausch von Mitgliedern) während der laufenden Angebotserstellungs-/ -wertungsphase bis zur Erteilung des Zuschlags muss der Vergabestelle gegenüber unverzüglich schriftlich angezeigt und begründet werden. Die Um- oder Neubildung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft kann nach obergerichtlicher Rechtsprechung unzulässig sein und führt dann zu der Nichtberücksichtigung der Gemeinschaft bzw. ihres Angebots. Sollte eine Bewerber-/Bietergemeinschaft im Einzelfall eine Um- / oder Neubildung erwägen, wird empfohlen, sich mit der einschlägigen obergerichtlichen Rechtsprechung im Vorfeld vertraut zu machen.

(D.) Beabsichtigt der Bieter/Bietergemeinschaft, Teile der zu vergebenden Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (sog. Unteraufträge) gilt das Folgende:

Im Falle der Unterauftragsvergabe an andere Unternehmen (ohne Eignungsleihe) sind mit der Angebotsabgabe die Teile des Auftrags, die der Bieter/Bietergemeinschaft im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, mit Hilfe des vorgesehenen Vordrucks "Erklärung Unteraufträge " (gem. Vordruck Anlage A.3 zu Teil A) anzugeben. Spätestens vor Zuschlagserteilung, sind die vorgesehenen Unterauftragnehmer namentlich zu benennen. Ferner muss der Bieter/Bietergemeinschaft nachweisen, dass zum Zeitpunkt der Auftragserfüllung die erforderlichen Mittel der vorgesehenen Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Hierfür ist in den Vergabeunterlagen die "Verpflichtungserklärung" (gem. Vordruck Anlage A.4 zu Teil A) zu verwenden. Der Vordruck ist spätestens vor Zuschlagserteilung einzureichen.

Spätestens vor Zuschlagserteilung sind außerdem für jedes andere Unternehmen die Vordrucke Anlage A.5 zu Teil A (Eigenklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB, § 21 Abs. 1 LkSG), Anlage A.6 zu Teil A (Eigenklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 21 AEntG, § 21 SchwarzArbG, § 19 MiLoG und § 98c AufenthG) und Anlage A.7 zu Teil A (Eigenklärung über das Nichtvorliegen eines Russland-Bezugs im Sinne des Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 833/214 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 25 der Verordnung (EU) 2025/395 des Rates vom 24. Februar 2025) einzureichen.

Die Auftraggeber überprüfen vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt der Auftraggeber die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann die Ersetzung verlangt werden. Der Auftraggeber wird dem Bieter/der Bietergemeinschaft dafür eine Frist setzen.

Im Übrigen wird ausdrücklich auf § 36 VgV verwiesen.

(E.) Ein Bewerber/Bewerbergemeinschaft kann zum Nachweis seiner/ihrer wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er/sie nachweist, dass ihm/ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen (sog. Eignungsleihe). Andere Unternehmen sind auch konzernverbundene, aber rechtlich selbständige Unternehmen.

Ein Bewerber/Bewerbergemeinschaft kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen (z.B. Referenzen) nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 12 von 17
--	--	-----------------

In jedem Fall einer Eignungsleihe hat der Bewerber/Bewerbergemeinschaft das andere Unternehmen bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags zu benennen und es sind Art und Umfang der von ihnen in Anspruch genommenen Kapazitäten anzugeben. Dies geschieht mit Hilfe des Vordrucks "Erklärung Eignungsleihe" (gemäß Vordruck Anlage A.3 zu Teil A). Jedes der benannten Unternehmen hat sich zudem zu verpflichten, für den Zuschlagsfall die entsprechenden Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Für die mitzuteilenden Angaben und die Verpflichtung ist in den Vergabeunterlagen der Vordruck "Verpflichtungserklärung" (gemäß Vordruck Anlage A.4 zu Teil A) zu verwenden.

Die Eigenerklärungen/Nachweise über die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit sind insoweit für Dritte vorzulegen, wie sich der der Bewerber/Bewerbergemeinschaft auf ihre Eignung beruft.

Mit dem Teilnahmeantrag ist außerdem für jedes der benannten Unternehmen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (gemäß der Vordrucke Anlagen A.5, A.6 und A.7 zu Teil A) einzureichen. Soweit der Auftraggeber vorliegend auf zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB Bezug genommen hat, schreibt er hiermit vor, dass der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft ein Unternehmen, das das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt oder bei dem zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen, ersetzen muss. Soweit der Auftraggeber vorliegend auf fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB Bezug genommen hat, schreibt er hiermit vor, dass der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft ein Unternehmen, bei dem fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, ersetzen muss. Der Auftraggeber wird dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft dafür eine Frist setzen.

Im Übrigen wird ausdrücklich auf § 47 VgV verwiesen.

§ 7 Rückfragen

- 7.1 Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren oder den Vergabeunterlagen können ausschließlich über die E-Vergabeplattform an die Vergabestellen gerichtet werden.
- 7.2 Der Bewerber erhält keine Eingangsbestätigung.
- 7.3 Fragen und Antworten werden von der Vergabestelle gesammelt und anonymisiert allen Bewerbern zur Verfügung gestellt.
- 7.4 Die von den Vergabestellen erteilten Antworten auf die Bewerberfragen werden unmittelbar Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

§ 8 Prüfungsobliegenheit

Die Bewerber sind aufgefordert, sich unmittelbar nach Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung des Bewerbers etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so hat der Bewerber die Vergabestellen rechtzeitig darauf hinzuweisen. Nur so verbleibt den Vergabestellen ausreichend Zeit und Gelegenheit, angemessen auf die Anzeigen und Hinweise

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 13 von 17
--	--	-----------------

zu reagieren, dies allen Bewerbern im Wege der gebotenen Verfahrenstransparenz und Gleichbehandlung mitzuteilen und so die Möglichkeit zu geben, diese Aspekte rechtzeitig zu berücksichtigen.

§ 9 Gewährleistungsausschluss

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen - trotz größter Sorgfalt - eventuell unbeabsichtigte, unzutreffende und/oder unvollständige Angaben enthalten können. Die Vergabestellen übernehmen hierfür - soweit rechtlich zulässig - keine Garantie oder Gewährleistung für aus den übergebenen Unterlagen erkennbare Fehler. Die Bewerber haben die Informationen der Vergabestellen entsprechend zu überprüfen und ggf. die Korrektur zu beantragen.

§ 10 Auswahl der Bewerber

Aus dem Kreis der Bewerber, die die Anforderungen an die Eignung gemäß den Teilnahmebedingungen der EU-Bekanntmachung erfüllen, werden 3 bis 5 Bewerber ausgewählt und zur Angebotsabgabe aufgefordert. Eine solche Reduzierung des Teilnehmerkreises erfolgt nur, sofern eine ausreichende Anzahl an (formell und materiell) geeigneten Bewerbern vorhanden ist (die Vergabestellen behalten sich insoweit auch die Aufforderung von weniger als 3 Bewerbern zur Angebotsabgabe ausdrücklich vor). Sollte die Durchführung des Teilnahmewettbewerbs ergeben, dass mehr als 3 Bewerber die geforderten Eignungsvoraussetzungen erfüllen, werden die Vergabestellen diejenigen Bewerber zur Abgabe eines Angebots auffordern, die die Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen. Die Auswahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber erfolgt objektiv und diskriminierungsfrei anhand folgender Kriterien:

- (1) Eigenerklärung des Bewerbers gem. Vordruck Anlage A.9 über den Umsatz für den Tätigkeitsbereich, der Gegenstand der Ausschreibung ist bezogen auf die drei letzten abgeschlossenen Geschäftsjahre (oder seit dem Gründungsdatum oder dem Datum der Tätigkeitsaufnahme des Unternehmens, falls dieses weniger als drei volle Jahre zurück liegt) in folgender Weise:
 - > 4 Millionen Euro netto (Durchschnitt/Jahr) = 20 Punkte
 - > 3.200.000 Euro netto (Durchschnitt/Jahr) = 16 Punkte
 - > 2.400.000 Euro netto (Durchschnitt/Jahr) = 12 Punkte
 - > 1.600.000 Euro netto (Durchschnitt/Jahr) = 8 Punkte
 - > 800.000 Euro netto (Durchschnitt/Jahr) = 4 Punkte
 - < 800.000 Euro netto (Durchschnitt/Jahr) = 0 Punkte
- (2) Referenzen des Bewerbers gem. Vordruck Anlage A.10. Gewertet werden max. 10 Referenzen, wobei die Mindestreferenzen nicht gewertet werden. Wertung mit je 5 Punkten. Max. 50 Punkte möglich.

Erzielen mehrere Teilnahmeanträge die gleiche Punktzahl und stehen damit auf dem gleichen Rang, ist aber nur noch ein Platz im begrenzten Bewerberkreis, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, zu vergeben, so erfolgt die Vergabe des Platzes durch Losentscheid.

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 14 von 17
--	--	-----------------

§ 11 Eigentumsübergang

Die im Rahmen dieses Vergabeverfahrens von den Bewerbern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum der Vergabestelle über. Eine Vergütung können die Bewerber hierfür nicht beanspruchen.

§ 12 Entschädigungsansprüche / Gremien- und Bedarfsvorbehalt

Wenn keine Auftragsvergabe erfolgt, sind Schadenersatz- und Entschädigungsansprüche der Bewerber / Bieter ausgeschlossen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Gremien der Vergabestelle dem Ergebnis des Vergabeverfahrens aus haushalterischen Gründen nicht zustimmen oder aus veränderten Beschaffungsbedürfnissen der Vergabestelle oder wegen Fortfalls des Beschaffungsbedarfs das Vergabeverfahren nicht durch Zuschlag beendet werden kann. Es entsteht daher bei den Bewerbern / Bietern kein Vertrauensschutz auf Durchführung dieses Beschaffungsvorhabens. Ein Kontrahierungszwang für die Vergabestelle besteht nicht. Die Vergabestelle behält sich vor, das Vergabeverfahren einzustellen bzw. auf die Vergabe zu verzichten.

§ 13 Datenschutz / Kennzeichnung von Geheimnissen

13.1 Der Bewerber erklärt sich mit Abgabe des Teilnahmeantrages damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Die Datenverarbeitung durch den Auftraggeber ist gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen zulässig. Dazu gehören mit der Prüfung der Zuverlässigkeit (§§ 123, 124 GWB) Angaben über Straftaten, ggf. auch Prüfung aufgrund von Selbstreinigungsmaßnahmen (§ 125 GWB). Betroffen sind Daten insbesondere über Geschäftsführer, leitende Angestellte, Aufsichtsratsmitglieder, Bereichsleiter der Finanzkontrolle, Compliance-Officer und Beschäftigte in ähnlichen Funktionen.

Ferner können im Zusammenhang mit der Prüfung der Eignungskriterien (§ 122 Abs. 2 GWB) Daten wie Referenzen mit Lebensläufen, Namen, Adressen, Fotos der Beschäftigten der Bewerber sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für Inhaber und Führungskräfte durch den Auftraggeber abverlangt werden.

Im Zusammenhang mit der Prüfung der Teilnahmeanträge sind ggf. Personalkonzepte mit erforderlichen Angaben über die Qualifikationen (z. B. Studienabschlüsse) und Erfahrungen des Personals, das bei der Auftragsdurchführung eingesetzt werden soll, dem Auftraggeber bekannt zu geben.

13.2 Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens nach §§ 160 ff. GWB allen Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB grundsätzlich ein Akteneinsichtsrecht zukommt. Mit der Abgabe des Teilnahmeantrages wird dieser in die Akte des Auftraggebers aufgenommen. Jeder Bewerber muss daher mit der konkreten

Medizinisches Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe gGmbH - MZG Westfalen, Karl-Hansen-Klinik GmbH	Vergabeverfahren „Outputmanagement / KDF-Systeme“	Seite 15 von 17
--	--	-----------------

Möglichkeit rechnen, dass sein Teilnahmeantrag, mit allen wesentlichen Bestandteilen, von den Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird.

Die Bewerber sind aufgefordert, diejenigen Teile ihres Teilnahmeantrags, die ihrer Meinung nach im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, nach § 165 Abs. 2 GWB nicht Gegenstand der Akteneinsicht werden dürfen, unter Beachtung der Anforderungen gemäß § 165 Abs. 3 GWB zu kennzeichnen. Der Auftraggeber ist bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gem. § 163 Abs. 2 GWB verpflichtet, die Vergabeakten der Vergabekammer sofort zur Verfügung zu stellen. Ein Bewerber hat sich daher in einem solchen Fall zur Durchsetzung seiner Rechte an die vorbezeichnete Vergabekammer zu wenden.

§ 14 Geheimhaltung / Vertraulichkeit

- 14.1** Alle Unterlagen, die dem Bewerber im Zusammenhang mit dem Verfahren überlassen werden, dürfen nur zum Zwecke des Teilnahmeantrags oder des Angebots durch ihn oder Dritte bzw. für die Auftragsdurchführung verwendet werden. Im Übrigen dürfen die Unterlagen ohne Zustimmung der Vergabestelle nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Im Falle von Zuwiderhandlungen behält sich die Vergabestelle alle ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Schritte vor.
- 14.2** Nicht berücksichtigte Bewerber müssen sämtliche Unterlagen (einschließlich hiervon erstellter schriftlicher und elektronischer Kopien) auf Verlangen der Vergabestelle zurückgeben oder vernichten/ löschen.

§ 15 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Die Bewerber/Bieter können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen an die Vergabekammer Westfalen, Albrecht-Thaer-Straße 9, 48147 Münster wenden.

E-Mail: vergabekammer@bezreg-muenster.nrw.de
Fax: +49 251411 2165
Internet-Adresse: www.bezreg-muenster.nrw.de
